

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 26 (1946-1947)
Heft: 8

Artikel: Der frei Erwerbende und die Politik
Autor: Eibel, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159433>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Karl Jaspers («Die Schuldfrage», S. 37) sieht in Nürnberg ein Zeugnis der Sieger dafür, «daß sie in Gemeinschaft die Weltregierung wollen, indem sie sich der Weltordnung unterwerfen». Welchen Inhalt hat diese Weltordnung? Wer entscheidet letztlich bei Auseinandersetzungen über dessen Inhalt? Möge, wer sich diesem Wunschtraum hingibt, nicht allzu schrecklich erwachen.

Der frei Erwerbende und die Politik

Von Robert Eibel

Ausgangspunkt dieser Betrachtung soll die Tatsache sein, daß das Prinzip der Handels- und Gewerbefreiheit im Verlaufe einer Entwicklung von rund 80—100 Jahren in die Köpfe einer großen Zahl unserer Mitbürger die völlig falsche Vorstellung gepflanzt hat, als seien Politik und Wirtschaft Dinge, die man fein säuberlich auseinanderhalten müsse. «*Unsere Firma befaßt sich nicht mit Politik*» ist ein Satz, den man jeden Tag hören kann, wenn man sich darum bemüht. In vielen Fällen ist er nichts anderes, als der Ausdruck des ehrlichen Willens, Menschen und Dinge nach keinem andern Maßstab zu beurteilen, als nach demjenigen der Tüchtigkeit, des Charakters und der Sachlichkeit. Sehr oft heißt es aber nicht nur, daß die Firma keine Politik macht, sondern, daß auch der Prinzipal nichts damit zu tun haben will und sogar seinem Personal verunmöglicht, sich auf diesem Gebiet zu betätigen. Politik wird als Störung empfunden. Sie nimmt Zeit in Anspruch, in der man fürchtet, seine Geschäfte und Chancen zu versäumen, sie stellt Anforderungen an die allgemeine Bildung, die nicht überall vorhanden ist, sie verlangt Zivilcourage, d. h. den Mut, zu seiner Meinung zu stehen. Diese Meinung kann dem einen oder andern Kunden nicht passen und man möchte ihn doch nicht verlieren. Wenn dieser Kunde gar der Staat ist, sind die Hemmungen, Farbe zu bekennen, erst recht groß, fast so groß wie dieser liebe Kunde.

Die Folgen kennt jeder: Industrie und Handel, wozu man das Bankwesen und die Assekuranz rechnen muß, sind in unserem politischen Betrieb außerordentlich dünn vertreten. In der Bundesversammlung mit einem Bestand von gut 230 Parlamentariern findet man mit aller Mühe und Not kein Dutzend Persönlichkeiten, die als verantwortliche Unternehmer angesprochen werden dürfen. Im umgekehrten Verhältnis zu dieser Abstinenz steht die Zahl der kleinen und großen Beschwerden, die täglich aus der Wirtschaft heraus an die Politik zu hören sind, mit Ausdrücken, die an Schärfe gar nichts

mehr zu wünschen übrig lassen. Die objektive Berechtigung dieser Vorwürfe wollen wir für den Augenblick ganz außer acht lassen und vorderhand nur die eigentümliche Tatsache festhalten, daß sie von einer Seite vorgebracht werden, die aus freiem Entschluß einen unendlich kleinen Anteil an den politischen Geschäften nimmt.

Mit dem Versuch, Wirtschaft und Politik zu trennen, tut man schon den Begriffen Zwang an. Die Politik als die Beschäftigung mit der «polis», d. h. mit dem Gesamtinteresse der Stadt, resp. des Staates, kann schon aus ihrer sprachlichen Definition heraus das wirtschaftliche Geschehen nicht ignorieren, geschweige im täglichen Leben. Denn auch der größte politische Abstinente wird nicht um das Eingeständnis herumkommen, daß die Politik die Eigenschaft hat, sich sehr nachdrücklich im wirtschaftlichen Bereich geltend zu machen. Daraus hat man aber nun überraschenderweise nicht den scheinbar einzig logischen Schluß gezogen: wenn die Politik sich schon mit uns beschäftigt, müssen wir das gleiche auch mit ihr tun. Nein, man hat diese Beschäftigung, ungefähr in ähnlicher Weise wie man für besonders unangenehme und zeitraubende Arbeiten Maschinen erfindet, einem Dritten übertragen.

Dieser Dritte, typischer Ausdruck des politischen, wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Kampfes der Jetztzeit, ist die *Organisation*. In ihr und hinter ihr kann die Persönlichkeit mehr oder weniger ganz verschwinden und damit alle Gefahren, die dem Einzelnen durch zuviel Zivilcourage entstehen könnten. Der «Sekretär», zu dessen edler Gattung auch der Verfasser dieses Aufsatzes sich zählt, ist die Erfindung, welche man gemacht hat, um das politische Geschäft auf zweckmäßige Weise mit dem geringsten eigenen Aufwand an Kraft zu erledigen.

Die Unpersönlichkeit dieses Organisations- und Verbandsbetriebes, aus dem heraus die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen fallen, hat aber gerade für das privatwirtschaftliche Lager einen schicksalhaften Nachteil. Verbände und Organisationen sind nicht von Gesetzes wegen verpflichtet, nur mit dem sachlichen Gewicht ihrer Argumente zu kämpfen. Es stehen ihnen ein ganzes Arsenal von Mitteln zur Verfügung, um auf die Öffentlichkeit zu wirken: Mitgliedschaften, Presse, Partei- und Parlamenteinflüsse, zum Teil sogar Behörden, die bewußt oder unbewußt am Gängelband von Interessen laufen. In diesem Parallelogramm der Kräfte spielen machtmäßige Einflüsse eine große Rolle. In der Demokratie verfügt der über die Macht, der die größte Anzahl Stimmzettel hinter sich bringt. Die Folgerung hiervon ist, daß der Stimmzettel in einem immer größeren Maße wirtschaftlich organisiert wird. Man denke daran, daß bei den wichtigsten politischen Entscheidungen die eigentlichen Träger der Willensbildung in erster Linie die wirt-

schaftlichen Organisationen sind: Gewerkschaftsbund, Eisenbahnerverband, Gewerbeverband, Bauernverband, Föderativ-Verband der Angestellten etc. Neben ihnen verblassen die politischen Parteien mehr und mehr. Bei diesem System, wo die Macht alles und die sachliche Notwendigkeit wenig oder nichts bedeutet, fällt die Privatwirtschaft hoffnungslos unten durch. Denn obwohl sechs Siebentel der erwerbstätigen Bevölkerung von der Privatwirtschaft leben, huldigen größere Teile davon auf der politischen Ebene dem Kollektivismus.

Es wäre ein Thema für sich, wollte man diesem Phänomen nachgehen. Man müßte die Geschichte der ganzen Arbeiterbewegung aufrollen, die in ihrer entscheidenden Phase auf dem Gegensatz zur Arbeitgeberschaft aufbaute. Dieser Gegensatz ist zum Teil durch die Entwicklung überholt worden. Er hat sich in jüngster Zeit wieder verschärft, und es ist wohl von entscheidender Bedeutung für unsere Zukunft, ob es gelingt, diese Verschärfung aus der Welt zu schaffen oder ob sie obsiegt. Wenn der Geist der Friedensabkommen sich einer Krise nicht gewachsen zeigt, gehen wir bösen Zeiten entgegen.

Man darf sich in diesem Zusammenhang vielleicht fragen, wieso es im Zeichen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch nicht gelungen ist, die klassenkämpferische politische Ideologie zu überwinden. Zum Teil mag die Eigengesetzlichkeit, die doktrinären Strömungen nun einmal innewohnt, einen rascheren Ablauf nicht zulassen. Zu einem weiteren Teil wohl auch deshalb, weil es notwendigerweise immer einen bestimmten Prozentsatz von Unternehmern gibt, welche ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. Daneben liegt aber die größte Unterlassungssünde darin, daß die Privatwirtschaft als Gesamtes es nicht verstanden hat, ihre spezifisch privatwirtschaftlichen Leistungen als *Dienst am Volksganzen* darzustellen. Die SBB, der Staatsbetrieb, genießen kraft der kostspieligen, aber geschickten Propaganda, welche sie betreiben, im Volk ein Ansehen, das durch die bedenklichen Umstände, die im Zusammenhang mit der letzten Sanierung ins Licht getreten sind, in keiner Weise geschmälert wird, auch nicht durch die Tatsache, daß zwei Generationen für die nächsten 60 Jahre Jahr für Jahr 50 Millionen und mehr für die Sünden der Großväter und Väter werden bezahlen müssen.

Und die schweizerische Privatwirtschaft? Sie, die an der Landi in unübertrefflicher Weise dafür demonstriert hat, was die schweizerische Allgemeinheit, was der hinterste und kleinste Mann im Lande ihr zu verdanken hat, sie muß sich ungestraft Vorwürfe machen lassen. Nicht nur von Demagogen, sondern auch von Leuten, die beanspruchen, ernst genommen zu werden, wird dem Volke der Glaube eingepflegt, es sei eigentlich nur die profitgierige und reaktionäre Privatwirtschaft, welche uns Schweizer noch hindere, ein wahres Paradies auf Erden zu besitzen!

Wohin die falsche Auffassung, Wirtschaft und Politik gingen einander nichts an, führt, haben die englischen Konservativen schmerzlich erfahren müssen. Im April-Heft 1946 der «New English Review» läßt sich der konservative Abgeordnete Astor wie folgt vernehmen:

«In Amerika wird die Auffassung verbreitet, daß die Industrie der leistungsfähige Diener der einfachen Leute sei. Es wird der Gedanke gepflegt, daß freies Unternehmertum die amerikanische Lebensart ist, die zum persönlichen Glück, zu Möglichkeiten, Luxus und Annehmlichkeiten führt, die von keinem Lande und von keinem System übertroffen wird. Demgegenüber war die britische Industrie beängstigend selbstzufrieden und glaubte nie recht, daß sie nationalisiert werden könnte; oder dann war sie furchtsam, hatte Angst, irgendeinen Teil ihrer Kundschaft zu verletzen. Ihre Reklameanstrengungen beschränkten sich auf die Propagierung spezieller Marken und sie unterließ es, für das allgemeine System des Unternehmertums wohlwollendes Verständnis zu schaffen. Ihre wenigen Anstrengungen waren laienhaft.

Ebenso deutlich war der Kontrast während des Krieges. In Amerika wurde in auffallenden Inseraten ständig darauf hingewiesen, daß das Konstruktions- und Herstellungstalent der amerikanischen Privatindustrie den amerikanischen Soldaten mit den besten Waffen und der besten Ausrüstung auf der ganzen Welt ausgestattet habe... Demgegenüber ist es in England die allgemein herrschende Ansicht, daß der Krieg von den königlichen Waffenfabriken und der Staatskontrolle gewonnen wurde. Tatsächlich waren die Leistungen der britischen Industrie in Konstruktion und Herstellung bemerkenswert, aber dem Publikum wurde davon nie etwas gesagt... Heute aber hat die Industrie zu wählen zwischen einer Politik der Liebedienerei gegenüber den sozialistischen Ministern zwecks Erlangung gewisser ihre Interessen schonender Zugeständnisse und einer Politik, welche die Öffentlichkeit mutig aufklärt und mit den vielen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln wohlwollendes Verständnis schafft».

Auf schweizerische Verhältnisse übertragen, müssen wir leider feststellen, daß ein schweizerischer Herr Astor hierzulande genau das gleiche hätte schreiben können. Die Ähnlichkeit ist geradezu beängstigend. Wir wollen hoffen, daß uns noch vor den Nationalratswahlen in einem Jahr Gelegenheit gegeben ist, einige der Unterlassungssünden der letzten 20 Jahre wieder gut zu machen.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, müssen wir kurz zurückkommen auf das, was vorhin im Zusammenhang mit den Verbänden ausgeführt wurde, und was im Volke mit dem trivialen Ausdruck der «Sekretären-Wirtschaft» belegt wird. Selbstverständlich darf die Verbandsbildung nicht nur als Folge eines zufälligen Versagens hingestellt werden, noch weniger als eigentliche Fehlentwicklung. Im Gegenteil: die Verbände haben das große Verdienst, den Gedanken der Solidarität und der sozialen Verantwortung zu stärken. Zu Bedenken Anlaß geben sie erst dann, wenn sie dem Einzelnen zum Vorwande dienen, seinen persönlichen Einsatz zu sistieren. Verbände können selbstverständlich sehr viel Nützliches für ihre Mitglieder und für die Gesamtheit wirken, sie können durch den Fleiß ihrer Funktionäre, durch sorgfältiges Studium der sie berührenden Probleme, durch Systematik und Wahrnehmung von Dutzenden von Möglich-

keiten ihren Angehörigen eine fühlbare Hilfe bringen. Was man aber mit einem «Verband» allein nicht kann, das ist politische Stoßkräfte wecken, begeistern, überzeugen, mitreißen. Man hat es unendlich schwer, von Verbandswegen aus der Defensive heraus in die Offensive überzugehen, den Gegner in Atem zu halten, die Lauen aufzurütteln, die Schwankenden im eigenen Lager zu festigen.

Dazu braucht es lebendige Menschen, die einen Einsatz wagen und zwar nicht nur mit Geld, sondern auch mit ihrer Person. Der Unternehmer, der Kaufmann, der frei Erwerbende, sie selbst wie auch ihre Mitarbeiter auf allen Stufen müssen im politischen Betrieb wiederum in Erscheinung treten, in der Partei und auch in der Presse. Die Ausrede, die Zeit genüge dazu nicht, kann man leider nicht gelten lassen, denn sie verkennet die Reihenfolge der Dringlichkeiten. Das beste Geschäft nützt nichts, wenn die politischen Voraussetzungen verschwinden, um es erfolgreich zu führen; darum muß die Zeit für politische Betätigung eben gefunden werden, so gut wie die Zeit zum Essen und zum Schlafen. Eine Aufgabe, welche die Verbände scheinbar noch nicht entdeckt haben, die ihnen jedoch gut anstünde, läge auch darin, durch geeignete Schulung den Unternehmer in Stand zu setzen, um mit dem Personal und der Belegschaft periodisch über die Probleme politischer und wirtschaftlicher Art zu reden, die den Betrieb berühren. Will man diese hochwichtige Angelegenheit wirklich den Gewerkschaftsfunktionären überlassen?

Die politischen Parteien haben in den letzten fünfzig Jahren eine Abwertung sondergleichen erfahren, aus dem einfachen Grunde, weil die Politik gerade von der tragenden bürgerlichen Schicht als «schmutziges Geschäft» deklariert wurde. Kein Wunder, daß sie langsam, aber sicher dieser Schicht entglitten ist und vielfach in die Hände der Schulmeister, oder was noch schlimmer ist, in diejenigen der Dilettanten und Geschäftlimacher glitt. Damit ist nichts gegen den ehrbaren Lehrerstand gesagt, wohl aber eine Erklärung dafür geboten, warum diese Politik zu oft nach dem Horizont einer Schulstube statt nach demjenigen des vielfältigen praktischen Lebens ausgerichtet ist. Nichts ist absurder, als das billige Schimpfen auf die Politiker; denn auch hier gilt der Satz: jedes Volk hat die Politiker, die es verdient. Allen denen, die sich tagtäglich in bitteren Worten über irgend eine neue politische, bürokratische oder staatliche «Schikane» beklagen, müssen wir die These unter die Augen halten: *La démocratie est un régime de participants*. Wer an diesem Regime nicht «partizipiert», schaltet sich selbst aus und verliert das Recht, zu klagen.

Man könnte zusammenfassend sagen, daß die Privatwirtschaft im Begriffe steht, ihren festen Standort zu verlieren. Das wäre die pessimistische Betrachtungsweise. Die optimistischere, welcher der

Verfasser eher zuneigt, müßte sagen: sie hat ihren festen Standort noch nicht gefunden. Ob sie ihn finden wird, hängt wesentlich davon ab, wie rasch die innere Sammlung sich bei jedem Einzelnen einstellt. Gewiß, es ist in einem Zeitalter des Um- und Aufbruchs, der Umwertung aller Werte, wo alles, was unsern Vätern heilig war, angezweifelt wird, schwer, einen Standort zu finden. Damit jedoch, daß man den Herrgott einen braven Mann sein läßt und sich hinter einer sehr fragwürdigen militärischen und wirtschaftlichen Maginotlinie den Freuden des Daseins hingibt, ist es jedenfalls nicht getan. Wenn wir schon das Muster nicht kennen, nach dem der Teppich der Welt- und Menschheitsgeschichte gewoben wird, so können wir doch dafür sorgen, daß wir wenigstens als tauglich erachtet werden, einen guten Zwirn für das Webstück zu liefern. Vielen dürfte die Besinnung auf einen Satz des spanischen Philosophen Ortega y Gasset die Augen öffnen. Er schreibt in seinem Buche «Der Aufstand der Massen» in einem Kapitel mit der bezeichnenden Überschrift «Wer herrscht in der Welt?»:

«Der Staat ist kein Geschenk, welches der Mensch vorfindet, sondern er muß von ihm *mühsam* geschaffen werden».

Wer Ohren hat, zu hören, der höre! Der Akzent dieser lapidaren Wahrheit liegt auf dem Worte *mühsam*. Es wäre schon unendlich viel erreicht, wenn die bürgerliche Oberschicht als Ganzes genommen sich bereit fände, unseren heutigen Staat zum Gegenstand wirklich mühevoller und ernster Anstrengungen zu machen, d. h. im wahren Sinne des Wortes «Politik» zu treiben.

Organisation und Konzentration im Luftverkehr

Von Robert Moser

Am 7. März hatte eine vom Eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartement einberufene und von Bundesrat Celio geleitete Konferenz sich grundsätzlich für eine Vereinheitlichung des schweizerischen Luftverkehrs durch Bildung einer gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaft ausgesprochen. Im Moment nun, wo der Luftverkehr von der privaten Sphäre in den Bereich der öffentlichen Angelegenheiten transformiert wird, soll ein Streifzug durch die Vergangenheit den Nachweis erbringen, daß die angestrebte Konzentration in der geradezu zwangsläufigen Entwicklung des Luftverkehrs liegt und seinem Wesen konform ist.

Nach dem ersten Weltkrieg wurden einfach deswegen Luftverkehrslinien eröffnet, um den Fabriken und den Piloten Beschäftigung